

Vorabauszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 14.02.2008

TOP A 18: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2007 bzw. 29.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100 % für Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren.

Herr Dr. Steffen zitiert aus einer Kölner Rathaus-Zeitung, wonach die Stadtverwaltung Köln aufgrund ihrer jüngsten EU-weiten Strom-Ausschreibung zukünftig von der RheinEnergie als günstigstem Anbieter zu 50 % mit sog. Öko-Strom und Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung versorgt wird. Damit habe die Stadt Köln die vom Rat im Jahr 2007 beschlossenen umweltpolitischen Ziele umgesetzt. Aufgrund der bereits erfolgten Umsetzung dieses Konzeptes sowohl in Köln als auch in Bonn sowie der Tatsache, dass die Belkaw GmbH als örtlicher Versorger ein Tochterunternehmen der RheinEnergie sei, plädiert er dafür, im Zuge der kommenden Ausschreibung die Stromversorgung der Stadt auch in Bergisch Gladbach auf Öko-Strom umzustellen. Gegebenenfalls könne dabei auch überlegt werden, sich mit den Städten Köln oder Bonn zusammen zu tun, umso noch bessere Konditionen zu erzielen. Offensichtlich habe die Verwaltung aufgrund der Ausführungen in der Vorlage noch keine Kenntnis davon erlangt, dass der Landrat den Rheinisch-Bergischen-Kreis zum Klimaschutzkreis ausgerufen habe.

Herrn Mömkes zeigt sich überzeugt, dass die RheinEnergie auch bei einer weltweiten Ausschreibung der Stadt Köln günstigster Anbieter gewesen wäre. Ungeachtet dessen handele es sich bei der Frage der erneuerbaren Energien um ein wichtiges Thema der Zukunft. Darüber hinaus müsse man versuchen, durch Energieeinsparmaßnahmen an städtischen Liegenschaften Energiekosten zu senken und hiermit auch etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Gleichwohl führe eine Zustimmung zum vorliegenden Antrag dazu, dass sich die Energiekosten erhöhen würden, was in Zeiten der immer noch knappen Haushaltsmittel unverantwortlich und nicht im Sinne der Bürger sei. Darüber hinaus könne die CDU-Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen, da Öko-Strom, so wie er heute teilweise vertrieben würde, nicht unbedingt ökologisch hergestellt würde und demnach die Bezeichnung zu Unrecht trage. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Erzeugung von sog. Öko-Strom aus Palmöl.

Nach Ansicht von Herrn Lang werde in diesem Zusammenhang viel geredet, während die Umsetzung schwieriger werde. Es dürfe kein Zweifel daran bestehen, dass Alles getan werden müsse, um eine stärkere Erwärmung des Erdballs zu verhindern. Aus diesem Grund schlägt er vor, bei der kommenden Ausschreibung als Alternativposition die komplette Versorgung mit Öko-Strom vorzusehen. Dies habe den Vorteil, dass beide Preise miteinander verglichen werden könnten.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Dr. Arndt, dass man den Antrag in der vorliegenden Form aufgrund der Ausführungen in der Vorlage so nicht zustimmen könne. Allerdings möchte man ein Zeichen setzen und die Verwaltung den Auftrag auf Prüfung erteilen, inwieweit die Möglichkeit besteht, Öko-Strom aus erneuerbaren Energien zu beziehen.

Herr Ziffus erklärt zur Herkunft des Stroms, dass dem RWE, von dem die Belkaw bzw. die RheinEnergie ihren Strom beziehe, auch die Stromversorgung im Allgäu obliege. Dort könne man in den letzten Jahren erkennen, dass die Stromversorgung aus Wasserkraft in den letzten Jahren massiv ausgebaut und saniert worden sei. Aus diesem Grund warnt er davor, bei der Frage des Bezugs von Öko-Strom den Teufel an die Wand zu malen. Er weist darauf hin, dass

der vorliegende Antrag seiner Fraktion dreigeteilt sei. Ziel des Antrages zu c) sei es beispielsweise, ernsthaft über den Bezug von Öko-Strom zu verhandeln, da ohne einen entsprechenden Beschluss auch nicht über eine bestimmte Quote verhandelt werden könne. Aus diesem Grunde macht er den Kompromissvorschlag einer 50%-Quote aus Öko-Strom. Alternativ könne er sich vorstellen, auch einer Quote von 10% oder 20% befristet auf ein Jahr zuzustimmen, umso die Preise für Öko-Strom besser beurteilen zu können und Erfahrungen zu sammeln, um diese Quote nach einem Jahr möglicherweise zu erweitern.

Der Vorsitzende stellt fest, dass auch der Alternativvorschlag von Herrn Ziffus abgestimmt werden müsste, wo hingegen über den Prüfauftrag an die Verwaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion eine offensichtlich Mehrheit bestehe.

Hierzu erklärt Herr Ziffus, dass sein Alternativantrag der weitergehende der beiden Anträge sei, so dass diese separat abzustimmen seien.

Herr Lang weist darauf hin, dass seine Alternative, die er nunmehr zum Antrag stellt, keine Mehrkosten entstünden.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Mömkes darauf hin, dass man gerne ein Zeichen setzen möchte und eine Prüfung durch die Verwaltung mittrage. Es wäre schade, wenn der Antrag insgesamt abgelehnt würde und er hält dies für kein gutes Zeichen. Vor diesem Hintergrund bittet er die Verwaltung bis zum nächsten Ausschuss um Prüfung, was in dieser Hinsicht machbar sei und was nicht.

Hiermit zeigt sich Herr Ziffus einverstanden.

Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass in diesem Punkt so verfahren werden soll.

Die Übereinstimmung vorstehenden Auszuges mit der Urschrift bescheinigt:

Bergisch Gladbach, den 27.02.2008

Der Bürgermeister
Im Auftrag
gez. Schmitz